

RAHMENABKOMMEN

Die Schweiz zahlt, die Ostländer werden bezahlt

Natürlich will die EU, dass wir den einseitigen Rahmenvertrag unterschreiben. Aber noch lieber hätte sie: Geld. Das ist die Chance.

KOMMENTAR

Von **Reiner Eichenberger**
am 24.02.2019

Viele sehen das Rahmenabkommen und die Personenfreizügigkeit als angemessene Zutrittspreise in den EU-Binnenmarkt, denn die reiche kleine Schweiz profitiere mehr vom Freihandel mit der grossen [EU](#) als umgekehrt. Ähnlich wurde schon bei den Kohäsionszahlungen an Osteuropa argumentiert: Der Binnenmarkt nütze uns mehr als den armen Osteuropäern.

Beides ist falsch. Rahmenabkommen und Personenfreizügigkeit schaden der [Schweiz](#). Sie stellen tatsächlich Zahlungen dar, aber keinesfalls angemessene.

MEHR ZUM THEMA



BINNENMARKT

3000 Euro pro Jahr: Die Schweiz profitiert am stärksten vom EU-Markt



EU-BINNENMARKT

EU beschert der Schweiz mehr Wohlstand



WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Marktöffnung würde Schweizer Preise kaum beeinflussen

Freihandel mit reichen Ländern bringt immer mehr als Freihandel mit armen Ländern. Deshalb profitiert die EU mehr vom Freihandel mit der Schweiz als von jenem mit ähnlich grossen ärmeren Ländern – sprich vom Freihandel mit den meisten ihrer eigenen Mitglieder.

Der Autor

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg sowie Mitgründer und Forschungsdirektor des [Center for Research in Economics, Management and the Arts](#) CREMA. Spezialisiert ist er auf die ökonomische Analyse des politischen Prozesses und politischer Institutionen.

Hingegen nützen grosse Handelspartner tatsächlich mehr als kleine. Aber das heisst keineswegs, dass die EU uns mehr nützt, als wir der EU nützen. Wir profitieren nur pro Einwohner gerechnet mehr. Weil aber die EU viel mehr Einwohner hat, profitiert sie insgesamt gleich viel wie die Schweiz.

Weshalb aber zahlt die Schweiz trotzdem einen Preis für den Zugang zum Binnenmarkt, während die [Ostländer](#) dafür bezahlt werden?

Knallharte Interessenpolitik

Da spielt der gleiche Mechanismus, der auch die Preisinsel Schweiz verursacht: Die Schweizer sind sehr reich. Deshalb haben sie eine hohe Kaufkraft. Die Produzenten aller Güter und Dienstleistungen versuchen diese Kaufkraft abzuschöpfen – auch die EU als «Freihandelsproduzent». Deshalb sind in der Schweiz nicht nur viele Markenartikel überteuert, sondern auch der EU-Freihandel.

Zudem geht es um knallharte Interessenpolitik. In den Ostländern profitiert die Bevölkerung enorm vom EU-Binnenmarkt. Aber für viele osteuropäische Produzenten ist die Westkonkurrenz ein Ärger. Deshalb sind sie gegen den Freihandel – ähnlich wie unsere Bauern. Damit die Ostregierungen dem protektionistischen Druck nicht nachgeben, organisierte die EU Kohäsionszahlungen an sie. Das gibt den Ostregierungen Anreize, das zu bieten, was für ihre Völker und ganz [Europa](#) gut ist: Freihandel.

Nicht schimpfen, sondern lernen

Darüber sollten wir nicht schimpfen, sondern daraus lernen. Denn mit den EU-Verantwortlichen ist es wie mit den Ostregierungen: Natürlich wollen sie, dass wir den einseitigen Rahmenvertrag unterschreiben und ihre Bürger frei in die Schweiz wandern lassen. Aber noch lieber hätten sie – Geld.

Entsprechend sollte die Schweiz der EU den Preis für den freien Zugang zum Binnenmarkt nicht mit dem Rahmenvertrag und der [Personenfreizügigkeit](#) bezahlen, sondern mit Geld. Das wäre für beide Seiten viel besser.

Die grosse Kunst aber ist, Geldzahlungen moralisch so gefällig zu verpacken, dass niemand bestechlich wirkt. Wie das geht, kann man aus den Kohäsionsmilliarden lernen.



BINNENMARKT

3000 Euro pro Jahr: Die Schweiz profitiert am stärksten vom EU-Markt

Just das Nichtmitglied zieht den grössten Nutzen: Das besagen neue Daten. Die offenen Grenzen steigern die Einkommen hier um 3000 Euro pro Jahr. [Mehr](#)



EU-BINNENMARKT

EU beschert der Schweiz mehr Wohlstand

Die Vorteile der Wirtschaftsbeziehungen zur EU werden gerne in Frage gestellt. Dabei profitiert die Schweiz mehr als viele EU-Länder. [Mehr](#)



WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Marktöffnung würde Schweizer Preise kaum beeinflussen

Die Schweiz ist und bleibt eine Hochpreisinsel. Eine Marktöffnung würde kaum etwas ändern, besagt der «Monitor Schweiz» der Credit Suisse. [Mehr](#)



JUSTIZ

Tauziehen um Bundesanwalt Lauber geht in die nächste Runde

Wegen seiner informellen Treffen mit dem Fifa-Präsidenten steht Michael Lauber unter Druck. Nun fällt ein wichtiger Kommissionsentscheid. [Mehr](#)



US-PRÄSIDENT

Deutsche Bank: Kongress fordert Trumps Steuererklärung

Die Deutsche Bank verfügt offenbar über Donald Trumps Steuererklärungen. Nun soll sie diese an den US-Kongress herausrücken. [Mehr](#)

ANZ

Vc

=

Cl

Entc

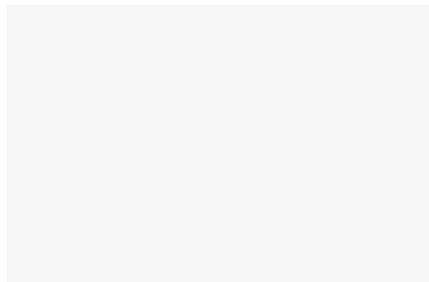
Sie

Swis

DO1

DEF

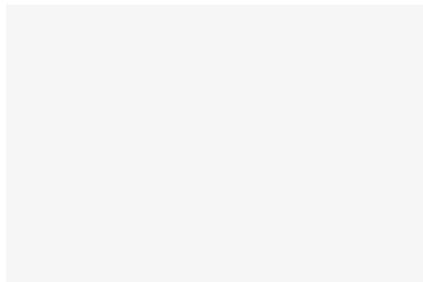
OTC



HANDELSSTREIT

Chinas «Global Times» warnt US-Firmen vor «Selbstmord»

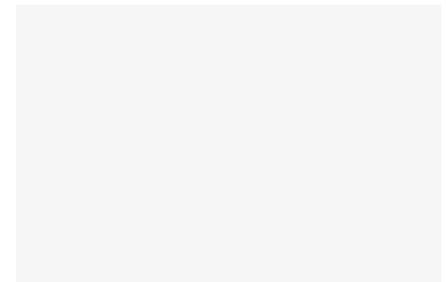
Chinas Staatsmedien reagieren empört auf die Aufforderung von Donald Trump an US-Firmen, das Land wegen des Handelsstreits zu verlassen. [Mehr](#)



FINANZPOLITIK

«Dann hätten wir so etwas wie einen Steuerkrieg»

Daniela Stoffel, die Staatssekretärin für internationale Finanzfragen, über Steuerwettbewerb, ihren Besuch bei Donald Trump und Facebooks neue ... [Mehr](#)



UMWELT

Bolsonaro reagiert auf massiven Druck aus Europa

Nach Kritik und Sanktionsdrohungen erwägt Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro einen Armee-Einsatz gegen die Amazonas-Feuer. [Mehr](#)